



Landrätin
Kornelia Wehlan
(Die Linke)
begrüßte zum
Jahresempfang.

Elian Franz, Kornelia Wehlan,
Phieby Skadow und Felix Thier (v. l. n. r.)

Teltow-Fläming

Ehrenamt im Scheinwerferlicht

Unser Bericht vom Jahresempfang in Teltow-Fläming

Klassische Klänge im Foyer, angelegte Gespräche und eine spürbar herzliche Atmosphäre: So wurde unsere Delegation der Linken im Kreishaus in Luckenwalde empfangen. Bereits an der Tür begrüßte die Landrätin die geladenen Gäste persönlich. Doch auch wenn die politische Prominenz zahlreich vertreten war, stand an diesem Abend eine ganz andere Gruppe im verdienten Mittelpunkt: die engagierten Bürger*innen unseres Landkreises.

Eine Bühne für die »stillen Helden« Das Motto des diesjährigen Empfangs, Partnerschaft leben – gemeinsam die Zukunft gestalten, setzte ein klares Zeichen. Es ging darum, jenen Men-

schen eine Bühne zu bieten, die oft im Verborgenen wirken, deren Arbeit aber das soziale Rückgrat von Teltow-Fläming (TF) bildet. Neben der feierlichen Verleihung des Teltow-Fläming-Preises wurden zahlreiche weitere Ehrenamtliche für ihren unermüdlichen Einsatz gewürdigt.

Es war zutiefst inspirierend, den kurzen Anekdoten und Lebensläufen zu lauschen. Diese Geschichten erzählten von einem TF, das weit mehr ist als nur ein Verwaltungsbezirk. Ob in der Suppenküche, die Bedürftigen ein Stück Würde zurückgibt, im Seniorenverein gegen die Einsamkeit im Alter, bei der Pflege kommunaler Grünflächen oder in der oft aufreibenden Kommunalpolitik – die Bandbreite des Engagements ist beeindruckend. Diese

Impulse sind es, die besonders junge Menschen motivieren und zeigen: Solidarität ist keine abstrakte Theorie, sondern gelebte Praxis direkt vor unserer Haustür.

Vernetzung als Schlüssel zum Erfolg

Nach dem offiziellen Teil bot das Buffet nicht nur kulinarische Stärkung, sondern vor allem Raum für das, was im Ehrenamt oft zu kurz kommt: den Austausch. Wir nutzten die Gelegenheit, um uns intensiv zu vernetzen. Denn ein starkes Netzwerk ist im Bereich des Ehrenamts kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Es erleichtert die Organisation großer Projekte, bündelt Ressourcen und schafft Synergien, von denen am Ende alle Einwohner*innen profitieren. Wir danken dem Landkreis aus-

drücklich für diesen Rahmen, der Begegnungen ermöglichte, die im hektischen Alltag oft ausbleiben.

Ein Appell für die Zukunft

Wir gratulieren allen Preisträger*innen von ganzem Herzen. Ihr Einsatz macht die Welt im Kleinen zu einem besseren Ort. Doch Würdigungen dieser Art sollten kein einmaliges Event bleiben. Wer seine Freizeit opfert, um sich der guten Sache zu verschreiben, verdient permanente Anerkennung – gesellschaftlich wie politisch.

Als Linke ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Strukturen zu schützen. In Zeiten, in denen reaktionäre Rhetorik und rechte Prahlerei versuchen, das gesellschaftliche Klima zu vergiften und Spaltpilze in unsere Gemeinschaft zu treiben, ist das Ehrenamt unser stärkstes Bollwerk. Es basiert auf Werten wie Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft und dem Blick für das Gemeinwohl – Ideale, die wir konsequent verteidigen müssen.

Wir hoffen, dass auch in Zukunft Veranstaltungen wie diese dazu genutzt werden, die »stillen Helden« unserer Gesellschaft zu ehren. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für dieses Engagement verbessert werden, damit Teltow-Fläming auch morgen noch ein Ort des Miteinanders ist.

Elian Franz,
Baruth/Mark

Danke Annekathrin



Wechsel in der Kreistagsfraktion

Annekathrin Loy hat mit Wirkung zum 30. April aus persönlichen Gründen ihr Kreistagsmandat niedergelegt. An dieser Stelle danken Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion Anne Loy für ihr Engagement und ihr Mitwirken in der Fraktion.

Nachgerückt ist **Mathias Koepke** aus Blankenfelde-Mahlow. Er ist dort bereits seit der Kommunalwahl 2024 Mitglied der Gemeindevertretung.

Wo Identität und Selbstprofilierung den Diskurs dominieren

Blankenfelde-Mahlow geht es gut, könnte man meinen. Ein großer Gewerbesteuerzahler, viele Jobs, Infrastruktur, 20 Minuten bis Berlin Hauptbahnhof: kein Paradies, aber nicht umsonst eben »Speckgürtel«. Trotzdem steht das Stimmungsbarometer tiefrot. Es wird gepöbelt und beschuldigt – zwischen Fraktionen, aber auch gegenüber der Verwaltung. Wo Zusammenhalt nötig wäre, dominieren Inszenierung und Ideologie. Problemlösung weicht Profilierung: flood the zone with shit.

Zwei Szenen zeigen, was das heißt. Die erste führt ins Gruselkabinett ganz rechts außen. Von dort kam jüngst der Geistesblitz, der größte Schmerz liege in mangelnder nationaler Identität.

Deshalb sollte es an Verwaltungsstandorten Schwarz-Rot-Gold wehen. Statt dem Antrag klar entgegenzutreten, setzte die Gemeindevertretung auf Einhegung: Auf SPD-Initiative werden künftig auch Gemeinde-, Brandenburg- und EU-Flagge gehisst. Das Vaterland frohlockt. Also, Abendland gerettet, #fckAfD nun ruhig? Mitnichten. Denn unter dem Motto »Schwarz-Rot-Gold« meldete die AfD für den 13. Juni dann eine Kundgebung mit Rechtsrock-Konzert an – kurz vor der Woche für Demokratie und Vielfalt zum 30. Jahrestag des rassistischen Anschlags auf Noël Martin. Was als identitäre Symbolpolitik beginnt, landet als rassistische Raumnahme auf dem Blankenfelder Dorfanger. Es bleibt zu hoffen, dass

die demokratische Gegenwehr dort kraftvoller ausfällt als in der Flaggenfrage.

Kraft braucht die Gemeindevertretung auch jenseits der Identitätspolitik. Vor der Bürgermeisterwahl 2027 werden Gefechte geführt, die in sozialen Medien mit Empörungskampagnen und Angriffen verlängert werden. Besonders bei einer Fraktion bleibt es nicht bei Rhetorik: Realitätsferne und Selbstgewissheit verbinden sich hier zu einem teuren Aktionismus. So wurde ein Schulneubau beschlossen, obwohl seit 2019 Millionen in Planungen für eine nun pausierte Modernisierung geflossen sind. Wird der Neubau schneller, günstiger, besser? Man weiß es nicht. Wahrscheinlich dient die Idee primär dem eigenen Ego.

Aus derselben Richtung kam die Initiative, die Verwaltung möge ein Schwimmbad prüfen, dessen Dimensionen an das Sportforum Hohenschönhausen erinnern. Olympia kann also kommen. Streit gehört zur Demokratie. Das »Worüber« und »wie« können zermürend sein, wenn Symbolik und Geltungssucht dominieren, während soziale und ökologische Fragen liegen bleiben. Wenn man sie mit Geld kaufen könnte, würde ich beantragen, dass sich die Gemeinde Maß, Ernsthaftigkeit und Gemeinwohlorientierung zulegt. So bleibt uns vorerst unsere kritische Haltung.

Mathias Kopeke, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion Die Linke

Rückblick auf die Mai-Sitzung des Stadtparlamentes

Förderung gemeinnütziger Verbände, Vereine und sozialer Organisationen

Die LUBA, die Luckenwalder Tafel, der Ambulante Palliativ- und Hospizdienst Luckenwalde und die Akademie 2. Lebenshälfte – sie alle erhalten auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch in diesem Jahr eine Förderung. Die Summe für das Jahr 2026 beläuft sich auf 17.000 Euro. Bei der Abstimmung hat unsere Fraktion natürlich mit Ja gestimmt, wie so ziemlich alle im Stadtparlament. Bis auf die Fraktion Gemeinsam für Luckenwalde (GfL) – sie hat abgelehnt. Was die GfL gegen die Luckenwalder Tafel, den Hospiz-Verein, die Akademie 2. Lebenshälfte und gegen den Inklusionsbetrieb LUBA haben – und damit offenbar gegen



Blick in den Sitzungssaal des Luckenwalder Rathauses

so ziemlich alles, was irgendwie sozial ist in unserer Stadt –, bleibt wohl deren Geheimnis.

GfL will sparen

Unsere Kritik hatte sich die GfL-Fraktion offenbar zu Herzen genommen – zur Haushaltsdebatte im März hatten wir ihr vorgeworfen, den Haushaltsentwurf zum einen abzulehnen, zum anderen jedoch nicht einen einzigen Änderungsantrag gestellt zu haben. Nunmehr hat die GfL in ihrem Antrag zur Mai-Sitzung eine pauschale Reduzierung der Personalkosten beziehungsweise des Stellenplans um insgesamt zehn Prozent gefordert. Ich kann hier nicht auf alle Details eingehen

und thematisiere daher nur ausgewählte Punkte. So sollte die Verwaltung gemäß dem Antrag prüfen, ob die oben erwähnten Kürzungen möglich sind. Zum anderen sollte dann aber schon bis zur nächsten Sitzung im Juni ein Konzept zur Umsetzung der Einsparungen vorgelegt werden. Nicht nur, dass die GfL der Verwaltung für so eine umfassende Aufgabe nur rund einen Monat Zeit lassen wollte, nein. Die GfL nimmt der Prüfung schon das Ergebnis vorweg. Denn was wäre denn, wenn die Prüfung erbrächte, dass man gar kein Personal sparen könne? Sondern vielmehr das feststellt, was schon jetzt an zahlreichen Stellen spürbar ist:

Es fehlen Mitarbeiter*innen für immer mehr von Bund und Land übertragene Aufgaben. In der Kurzfassung führt die GfL-Fraktion ihren Prüfauftrag also ad absurdum, wenn sie das Prüfergebnis sowieso ignorieren will. Das ist keine ernste Politik und daher lehnte unsere Fraktion den Antrag ab. Die große Mehrheit der Stadtverordneten votierte ebenfalls ablehnend zu dem GfL-Antrag. Enthalten haben sich zwei Stadtverordnete, die GfL war für ihren Antrag.

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/LÖS

Kreistagsfraktion und Kreisvorstand zu Besuch in Glashütte:

Konstruktiver Austausch im geschichtsträchtigen Ambiente

Im Rahmen ihrer turnusmäßigen Vor-Ort-Beratungen trafen sich die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der Linken Teltow-Fläming am Vormittag des 13. Juni und setzten damit ihre Tour durch die verschiedenen Regionen des Landkreises fort.

Dieses Mal stand der Besuch in der geschichtsträchtigen Stadt Baruth/Mark auf dem Programm. Um dem Treffen einen passenden und einladenden Rahmen zu geben, organisierte der Vorstand der Basisorganisation (BO) Baruth/Mark ein Zusammenkommen im idyllischen Weinsalon im Ortsteil Glashütte.

In entspannter, aber hochkonzentrierter Atmosphäre – untermalt von leckerem Kaffee, hausgemachtem Kuchen und einer regionalen Käseplatte mit frischen Spezialitäten aus der Käserei des Nachbarortsteils Schöbendorf – widmeten sich

die Anwesenden einer vollen Tagesordnung. Dabei wurde schnell deutlich, dass hier nicht nur kreisweite Politik besprochen, sondern auch der Fokus ganz gezielt auf die wichtigen Themen vor Ort gerichtet wurde.

Doch vor Einstieg in die Tagesordnung wurde mit Mathias Kopke aus Blankenfelde-Mahlow noch ein neues Mitglied in unserer Kreistagsfraktion begrüßt. Er war Anfang Juni für Anne Loy nachgerückt, die ihr Mandat niederlegt hatte.

Neben der intensiven Vorbereitung auf die anstehende 13. Sitzung des nächsten Kreistages am 22. Juni kamen vor allem die aktuellen Entwicklungen in Baruth/Mark auf den Tisch. Ein zentraler Punkt war das Kennenlernen und die Perspektiven rund um die neue Bürgermeisterin der Stadt. Zudem wurde eine sehr offen und differenziert geführte

Debatte über den ansässigen Produktionsstandort des Getränkeherstellers Red Bull und dessen Auswirkungen auf die Region geführt. Auch die soziale Frage kam nicht zu kurz: Die stetig steigenden und teuren Mietpreise in der Region wurden als eine der drängendsten Herausforderungen für die Bürger*innen intensiv diskutiert

und beeinflussten maßgeblich den Verlauf der Sitzung. Die Linke Baruth/Mark bedankt sich ganz herzlich bei allen Teilnehmenden für den konstruktiven Dialog und die engagierten Beiträge. Ein ebenso großer Dank gilt dem Team vom Weinsalon Glashütte für die hervorragenden

de Bewirtung und die herzliche Gastfreundschaft. Wir freuen uns schon jetzt auf die nächsten Treffen und den weiterhin engen Austausch im Landkreis!

Elian Franz, Mitglied des Kreisvorstandes, Felix Thier, Mitglied der KT-Fraktion



Die Linke traf sich im Weinsalon in Glashütte

Am Mellensee

Neues aus der Gemeindepolitik

Der Haushalt 2026 der Gemeinde Am Mellensee ist das Ergebnis einer verfehlten Politik der vergangenen Jahre. Statt verantwortungsvoll zu planen und langfristig tragfähige Entscheidungen zu treffen, wurden Millionenprojekte begonnen, deren Kosten heute die gesamte Gemeinde belasten. Besonders deutlich wird das beim Neubau der Feuerwache in Mellensee, der deutlich teurer wird als ursprünglich erwartet. Die finanziellen Folgen dieser Fehlplanung bekommen nun alle Ortsteile zu spüren.

Während die Kosten einzelner Großprojekte immer weiter steigen, wird jetzt bei der grundlegenden Infrastruktur gespart. Der Gehwegbau in Klausdorf und Mellensee wurde gestoppt. Damit fehlen sichere Wege für Kinder,

Familien und ältere Menschen. Straßenbauprojekte werden verschoben oder gestrichen, obwohl viele Maßnahmen seit Jahren notwendig sind.

Auch bei den freiwilligen Feuerwehren zeigt sich der Widerspruch dieser Politik. Einerseits werden Millionen in einzelne Bauvorhaben investiert, andererseits wird nun der Neubau der Feuerwehr Klausdorf komplett aufgegeben und gleichzeitig bei Ausstattung und Technik gespart. Diejenigen, die ehrenamtlich Verantwortung für die Sicherheit der Gemeinde übernehmen, sollen nun die Folgen politischer Fehlentscheidungen mittragen.

Zusätzlich wurde das geplante Archiv über der Feuerwehr Sperenberg gestrichen, weil es nicht mehr benötigt wird. Den-

noch zeigt auch dieser Punkt, wie chaotisch und wenig nachhaltig in den vergangenen Jahren geplant wurde. Projekte werden angekündigt, eingeplant und am Ende wieder verworfen, während gleichzeitig an anderer Stelle dringend notwendige Investitionen fehlen.

Auch weitere Maßnahmen werden verschoben oder gekürzt. Die Bücherzelle entfällt, kleinere Anschaffungen für Schulen und Verwaltung werden verschoben oder reduziert. Immer deutlicher wird dabei, dass die Sparmaßnahmen inzwischen nahezu alle Bereiche der Gemeinde erreichen. Die aktuelle Situation zeigt, was passiert, wenn politische Prioritäten falsch gesetzt werden. Statt frühzeitig solide zu wirtschaften und Kosten realistisch zu kalkulie-

ren, wurde die Gemeinde immer tiefer in finanzielle Schwierigkeiten geführt. Nun sollen die Bürger*innen die Konsequenzen tragen – durch schlechtere Infrastruktur, weniger Investitionen und zunehmenden Stillstand in den Ortsteilen.

Am Mellensee braucht deshalb einen politischen Kurswechsel. Öffentliche Gelder müssen verantwortungsvoll eingesetzt werden, transparent geplant und vor allem dort investiert werden, wo sie den Menschen vor Ort wirklich zugutekommen. Denn am Ende darf nicht die Bevölkerung für die Fehler der vergangenen Jahre bezahlen.

Doreen Schulze, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/Die Linke

Großbeeren steht vor einer Reihe wichtiger kommunalpolitischer Herausforderungen

Besonders viel Raum nahm in den vergangenen Wochen die Diskussion um den Zeitpunkt des Dienstantritts des Bürgermeisters Martin Wonneberger ein. Nachdem das Innenministerium nun ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat, wird die politische Debatte in der Gemeinde von Fragen rund um die Verwaltungsführung begleitet. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens bleibt jedoch entscheidend, dass die kommunale Selbstverwaltung handlungsfähig bleibt und die anstehenden Aufgaben für Großbeeren nicht aus dem Blick geraten.

Ein weiteres Thema ist die öffentliche Sicherheit. In der Gemeinde wird über Maßnahmen wie eine stärkere Videoüberwachung diskutiert. Viele Menschen wünschen sich mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Gleichzeitig gilt es, sorgfältig abzuwägen, welche Maßnahmen tatsächlich wirksam

sind und wie dabei die Rechte der Bürger*innen gewahrt werden können. Die Diskussion zeigt, dass Sicherheitspolitik auch auf kommunaler Ebene ein wichtiges Feld bleibt.

Für Gesprächsstoff sorgt zudem der neue Wochenmarkt. Die Idee, regionale Angebote zu stärken und einen zusätzlichen Treffpunkt im Ort zu schaffen, findet grundsätzlich Unterstützung. Allerdings bleibt die Resonanz bislang hinter den Erwartungen zurück. Nun wird darüber beraten, wie das Angebot attraktiver gestaltet und langfristig gesichert werden kann. Ein lebendiger Wochenmarkt kann nicht nur die Nahversorgung stärken, sondern auch das gesellschaftliche Leben in unserer Gemeinde bereichern.

Auch die Gemeindeverwaltung befindet sich im Wandel. Durch organisatorische Veränderungen sollen Abläufe verbessert und

Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Solche Reformen müssen sich letztlich daran messen lassen, ob sie den Bürger*innen tatsächlich zugutekommen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung stärken. Nicht zuletzt bleibt die Verkehrssituation ein Dauerthema. Viele Pendler*innen sind auf zuverlässige Bahnverbindungen angewiesen. Zugausfälle, Verspätungen und Einschränkungen belasten den Alltag zahlreicher Menschen. Hier braucht es langfristige Verbesserungen, damit Großbeeren als wachsender Wohn- und Arbeitsort gut angebunden bleibt. Die vergangenen Wochen haben gezeigt: Großbeeren steht vor wichtigen Entscheidungen. Als Gemeindevertreter werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass kommunale Politik transparent gestaltet wird und die Interessen der Bürger*innen im Mittelpunkt stehen.



Foto: J. Klemt

Robert Kosin, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/Grüne/Die Linke

Ludwigsfelde

Krankenhaus kaputt, Panzerfabrik willkommen

Der Norden Teltow-Fläming erlebt derzeit zwei Entwicklungen, die zeigen, welche Prioritäten in Politik und Wirtschaft gesetzt werden. Und das hat Wirkung für eine ganze Region. Während die Kinderklinik am Evangelischen Krankenhaus in meiner Nachbarkommune Ludwigsfelde geschlossen wird, verhandelt der Rüstungskonzern KNDS über die Übernahme des Ludwigsfelder Mercedes-Werks, um dort künftig Bauteile für Militärfahrzeuge und Panzer zu produzieren.

Für viele Familien im Norden unseres Landkreises bedeutet die Schließung der Kinderklinik einen schweren Verlust. Bereits die Geburtsstation verschwand vor knapp zwei Jahren aus Ludwigsfelde, nun fällt auch die stationäre Versorgung von Kindern

und Jugendlichen weg. Eltern müssen künftig weitere Wege in Kauf nehmen, wenn ihre Kinder behandelt werden müssen.

Die Entscheidung wird mit wirtschaftlichen Zwängen begründet. Doch genau darin liegt das Problem: Gesundheit wird immer stärker nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben organisiert. Wenn eine Kinderklinik schließen muss, weil die Finanzierung nicht mehr ausreicht, zeigt das die Schieflage unseres Gesundheitssystems. Krankenhäuser sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen den Menschen dienen und dürfen nicht danach bewertet werden, ob sich ihre Arbeit rechnet. Gleichzeitig wird über eine neue Zukunft für das Mercedes-Werk gesprochen. Der Konzern KNDS sucht zusätzliche

Produktionskapazitäten und sieht den Standort offenbar als möglichen Baustein für den Ausbau seiner Rüstungsproduktion.

Für die Beschäftigten steht dabei die Frage nach sicheren Arbeitsplätzen im Mittelpunkt. Dennoch muss gefragt werden, welche Art von Industriepolitik wir wollen. Es ist ein fatales Signal, wenn einerseits medizinische Versorgung verschwindet und andererseits immer mehr Mittel und politische Aufmerksamkeit in die Aufrüstung fließen. Milliarden für Waffen sind plötzlich verfügbar, während bei Krankenhäusern gespart wird. Ludwigsfelde braucht eine andere Perspektive. Unsere Region benötigt eine verlässliche Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsplätze und Investitionen in zivile Zukunftsbranchen.

Die Schließung der Kinderklinik und die mögliche Umwandlung eines traditionsreichen Industriestandorts in einen Zulieferer der Rüstungsindustrie stehen symbolisch für eine Entwicklung, die kritisch hinterfragt werden muss.

Wir fordern:

- Kliniken erhalten statt Gesundheitsabbau!
- Sichere und tarifgebundene Industriearbeitsplätze in zivilen Zukunftsbranchen statt Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen.
- Die Bedürfnisse der Menschen müssen endlich Vorrang vor Profiten und Aufrüstung haben.

Robert Kosin, Mitglied der Gemeindevertretung Großbeeren

Impressum

Herausgeber: Die Linke im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 30. Mai 2026
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern
Auflage: 1.400 · Juni 2026, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.